

Ecotoxisch:

Paternosterpolitik gegen Handwerk und Mittelstand

Ein Kunstwort aus Economy und Gift – „ecotoxisch“ – fällt mir ein, wenn ich in einem Wort zusammenfasse, was die Regierung für das mittelständische Handwerk an Zauberformeln der Regulierungswut, wie an der Perlenschnur aufgereiht, in einem Arsenal aus Bürokratie und Rechtfertigungsformeln parat hält. Das handwerkliche Wirtschaften ist zum Hindernisparcours geworden. Beispiele von der Berliner Bühne: Freistellungsbescheinigungen vom Finanzamt für am Bau Tätige, Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, Kampf gegen die Scheinselbständigkeit, 630-Mark-Regulierung, Ökosteuer, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ohne die Möglichkeit der Option von Kürzungen im Einzelfall, Zeitverträge erschwert, „Steuerförmchen“ usw. Alle diese Dinge führen nicht zur Verbesserung der Situation, sondern zu bürokratischem Mehraufwand und Zeitdiebstahl durch den Staat.

Während sich das Land aufregt um den Datenschutz bei einem neuen Personalausweis mit Fingerabdruck, ist der Datenschutz für die Betriebe bei Betriebsprüfungen schon lange dahin. Der Staat hat das Recht, jeden Winkel zu begutachten. Die Kette ist lang, die der Handwerksunternehmer hinter sich herziehen muß. Und die schwere Kugel am Ende der Kette wächst und wächst an Gewicht. Beispiele gibt es landauf, landab zur Genüge. Wenn jüngst eine hessische Kommune ein als Industriestandort auf der Kippe stehendes Gelände kategorisch unter Denkmalschutz stellt, zeigt sich die Regulierung von einer weiteren Schattenseite. Ob der nun drohenden hohen Investitionskosten für die – nicht am Standort – entscheidende Konzernmutter wird von dieser nur ein müdes Lächeln übrigbleiben. Kontakte zu Wirtschaftsförderern im nahen oder fernen Osten werden als Ergebnis dort Arbeitsplätze schaffen. Am Standort mit dem Denk-

malschutz wird die Arbeitslosenquote halt hinter dem Komma steigen. Wen juckt's – außer den betroffenen Arbeitnehmern? Wirtschaftspolitik kann also viele Facetten haben, auch die der nicht verstandenen Auswirkungsmechanismen.



Auch sonst hat man neue Grenzen in den Regionen für Unternehmer und Arbeitnehmer geschaffen. Das Förder- und Lohngefälle zwischen Thüringen und Hessen beispielsweise kostet volkswirtschaftlich mehr als es dem einen oder anderen betriebswirtschaftlich bringt. So werden beispielsweise 60 Prozent der im deutschen Osten produzierten Fenster nach Westen gefahren. Gefertigt von Menschen, die in Thüringen vielleicht 8,- Euro Stundenlohn erhalten, während die Kollegen im Westen unter 12,- Euro kaum einen Handschlag machen. Der Betrieb im Osten ist aber dazu noch subventioniert. Der Markt läßt das zu – natürlich. Und er wird auch in zehn Jahren dieses Phänomen nicht mehr kennen.

Aber unsozial ist es heute allemal, wenn der Kollege aus dem Osten mit dem Kollegen aus dem Westen auf Mallorca Pils trinken geht. Der ostdeutsche Handwerker wird bei gleichen Preisen für den Konsum irgendwann die Segel streichen müssen, da sein Budget aufgebraucht ist. Liberale Wirtschaftspolitik sieht anders aus. Wenn man allerdings Philipp Holzmann heißt, regulieren Regierungen die Strukturkrise im Einzelfall – aber nur dann, wenn Gewerkschaften Aufkündigungstendenzen anzeigen und Wählerstimmen auf dem Spiel stehen. Koste es, was es wolle. Auch in diesem Beispiel dürften viele kleine Bauunternehmen die Leidtragenden gewesen sein. Das findet man aber in keinem Haushalt wieder, den der Finanzminister dann umkrepeln muß. Und Gewerbesteuerdefizite in den Kommunen haben natürlich mit derlei Politik überhaupt nichts zu tun... Und damit die Steigerung von Sozialhilfeeats natürlich auch nicht.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Der Autor ist geschäftsführender Gesellschafter des Fenster- und Türenbauers „Walter Fenster“, einem regionalen Mittelständler mit 42 Beschäftigten. Darüber hinaus engagiert er sich in der Branchpolitik als Mitglied des Präsidiums des Verbandes Fenster + Fassade e. V. und als Vorstandsmitglied der RAL-Gütegemeinschaft, beides Frankfurt am Main. Kommunalpolitisch aktiv ist er als Ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat der Stadt Kassel.

Der mittelständische Unternehmer, der von der Kaufkraft in der Region leben muß und will, ist ein exotisches Wesen. In Wahlkämpfen kennt ihn jeder Politiker und appelliert an seine Schaffenskraft. Nach 100 Tagen im Amt ist er vom Politiker als Individuum vergessen; vielleicht zollt man ihm noch Respekt symbolisch gegenüber seinen Vertretern von Kammern oder Innungen, aber auch nur noch auf der höheren gesellschaftlichen oder „regionaldiplomatischen“ Ebene. Da bilden sich dann schon einmal neue Fraktionen aus Bankvorstand, Kammeroberen und regionaler Presse, wenn ein stolzer Handwerker es sich erlaubt, mit seiner Innung auf den Busch zu klopfen und die Kreditvergaben an Existenzgründer hinterfragt. Von fachlicher Unkenntnis bis zur Androhung von Rechtsstreit lauteten die Argumente gegen den Beschwerdeführer. Jüngst passiert in einer mit-

teldeutschen Großstadt. Da ist das Limit für die mittelstandsfreundliche Handwerkspolitik anscheinend schnell erreicht gewesen. In einem Punkt aber vergißt man ihn nie: als Melkkuh für eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik ist er in Zeiten wie diesen „en vogue“. Daß er es noch immer mitmacht, scheint seinem robusten Wesen zu verdanken sein und einer Ideologie, die auf Kampf und Leistung setzt, auch in widrigen Situationen. Wohlstand für Alle? Irgendwie schon. Aber auch irgendwie möglichst ohne die handwerklichen Mittelständler. Wenn der Endzweck des Staates die Eindämmung unternehmerischer Freiheit und Verkleinerung der Gewinnchancen für den Risikobereiten ist, sind wir nicht mehr weit davon entfernt.

Während der moderne und innovative handwerkliche Mittelständler auch

das Klavier der sich globalisierenden Wirtschaft bespielt, und „anytime – anywhere“ arbeitet und agieren möchte, engen Regulierungen und Abgaben aller Art den Spielraum zu sehr ein. Dies sind realistische, kontraproduktive Szenarien. Berge versetzen kann nur der, dem der Anreiz des Lohnes gewiß ist. Was wir aber erleben, ist eine Paternosterpolitik: kaum glaubt man, daß negative Instrumente in den Keller gefahren werden, tauchen diese unter anderm Deckmantel wieder auf. „Ecotoxisch“, das ist also der Stempel für die verfehlte Mittelstandspolitik der vergangenen Jahre, die unter Kohl begonnen wurde und mit Schröder einen vorläufigen negativen Höhepunkt erreicht hat. Diese Politik behindert das Schaffen und bricht langfristig dem Selbständigen Einfallsreichtum und Tatkraft.

Dr. Frank Walter